

Die Geschichte Perus seit Fujimori

Thomas Fischer

Während sich in Lateinamerika in den 1990er Jahren die Demokratie fast überall konsolidierte, etablierte sich in Peru ein Regime, das politisch unverkennbar autoritäre Züge annahm. Paul Gootenberg zufolge war dies ein typisch peruanisches Muster. Fast immer regierten Eliten das Land, die zwar den Wirtschaftsakteuren große Freiheiten gewährten, aber zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen auch bereit waren, politische Freiheiten einzuschränken. Das Ringen zwischen wirtschaftlichem und politischem Liberalismus ist kennzeichnend für das postkoloniale Peru seit der Unabhängigkeit (Gootenberg 2013). Was hat sich nun seit dem demokratischen Übergang 2000/2001 geändert? Wie verlief die Transition, und wie kann man die Entwicklungen – beinahe 15 Jahre nach ihrem Beginn – bewerten? Welche Reformen führten zu einer Erhöhung der staatlichen Steuerungskapazität? Inwiefern wurden die Rechte der Bürger mehr respektiert als zuvor? Wie artikulierte sich die peruanische Bevölkerung? Konnte die geografische, politische, wirtschaftliche, soziale und ethnische Fragmentierung gemindert werden? Wie entwickelte sich die Wirtschaft? Führten die Reformen zu sozialen Verbesserungen? Diesen Fragen möchte ich in den folgenden Ausführungen nachgehen.

1. Ausgangslage

Zwischen 1990 und 2000 wurden die mehr als 25 Millionen Peruanerinnen und Peruaner durch den Naturwissenschaftler und ehemaligen Rektor der Universidad Nacional Agraria de la Molina (Lima) Alberto Fujimori regiert. Der in Lima sozialisierte japanischstämmige Aufsteiger verdankte seine Blitzkarriere der katastrophalen Regierungsbilanz seines Vorgängers Alan García Pérez (1985-1990) von der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA). Der limenische Rechtsanwalt García, dessen Partei jahrzehntelang verboten war, hinterließ seinem Nachfolger ein Land, das von Korruption, Verschuldung, Hyperinflation, Terror (seitens der Guerilla und des Staates), Mafia und Drogenkrieg völlig zerrüttet war (Crabtree

1992). Fujimori hatte keinen politischen Leistungsausweis. Die Mehrheit, die ihn wählte, wollte aber das Wagnis eingehen, weil sie nicht mehr bereit war, dem diskreditierten politischen Establishment ein weiteres Mal zu vertrauen. Diese Situation nutzte Fujimori aus, indem er die Eliten und ihre Institutionen für alle Probleme des Landes verantwortlich machte. Sein Wahlkampf richtete sich gegen die korrupten und ineffizienten Parteien, die Justiz, den Kongress und die Gewerkschaften (Klarén 2004: 492-493). Fujimori sah sie als Hindernisse, um das Land in die von ihm gewünschte Richtung zu lenken. Dagegen setzte er "honestidad" (Ehrlichkeit), "tecnología" (Technischen Fortschritt) und "trabajo" (Arbeit).

Da Fujimoris Gruppierung *Cambio 90* im Zweikammerparlament keine Mehrheit besaß, um wichtige Entscheidungen herbeizuführen, veranlasste der Präsident am 5. April 1992 einen "Selbstputsch" (*autogolpe*); er löste kurzerhand das Parlament auf und ließ viele Oppositionspolitiker verhaften. Diesen Schritt begründete er damit, dass die *partidocracia* im Kongress, "unverantwortlich, antihistorisch und antipatriotisch" gehandelt habe. Dies machte deutlich, dass Fujimori mit einer "tiefen Abneigung gegen repräsentative Institutionen, speziell gegenüber den politischen Parteien" regierte (Crabtree 2000/2001: 107). Anschließend rief er zur Wahl eines *Congreso Constituyente Democrático* (demokratische verfassungsgebende Versammlung) auf. Fujimoris Partei *Cambio 90/Nueva Mayoría* erzielte mit 44 von 80 Sitzen die gewünschte Mehrheit. Damit setzte sie eine Verfassung durch, die auf den Präsidenten zugeschnitten war und im Oktober 1993 in einer Referendumsabstimmung angenommen wurde. In der Verfassung wurde die Exekutive gestärkt und der Kongress auf eine Kammer reduziert (Klarén 2004: 497-502). Das Kabinett wurde zu einer "Versammlung von Sekretären" degradiert (Crabtree 2000/2001: 105). Außerdem leitete Fujimori eine Justizreform ein, welche die Autonomie der Staatsanwaltschaft und des Obersten Gerichtes verringerte und der Regierung Einfluss bei der Besetzung von Richterstellen sicherte (Crabtree 2006: 140). Des Weiteren konnte die Zentralregierung neuerdings über die Besetzung von regionalen Verwaltungsstellen bestimmen.

Zur Konsolidierung seiner Macht stützte sich Fujimori auf die Armee, in der er wichtige Führungspositionen austauschte. Er gewährte ihr große Freiheiten; ein weitreichendes Zugeständnis war in diesem Zusammenhang die Einrichtung geheimer Militärgerichte. Die Armee bekämpfte nicht nur die Terrororganisation *Sendero Luminoso* unter ihrem Anführer Abimael Guzmán (alias Presidente Gonzalo) sowie die Túpac Amaru-Gue-

rilla, sondern sie verübte dabei auch selbst zahlreiche Menschenrechtsverbrechen. Den Sicherheitskräften kam zugute, dass eine antiterroristische Einheit Guzmán am 12. September 1992 in Lima aufgriff. Er wurde von "Richtern ohne Gesicht" zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Mit der Ausschaltung des Kopfes des *Sendero Luminoso* kam der von dieser Seite verantwortete Terror fast von einem Tag auf den anderen zum Stillstand (Klarén 2004: 499-500). Dies wirkte stabilisierend für das Regime, das den Fahndungserfolg in den Massenmedien publikumswirksam ausschaltete. Dadurch stieg das Ansehen der Regierung und der Armee bei einem Großteil der Bevölkerung; viele schauten bei den staatlichen Menschenrechtsverbrechen weg. Diesen Prestigeerfolg wusste Fujimori zu nutzen. Hinzu kam, dass die USA, die sich mit Fujimori wegen der geringen Kooperationsbereitschaft auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung nie wirklich anfreundeten, einen Modus Vivendi suchten.

Aber das genügte noch nicht, um das Regime handlungsfähig zu machen. Hinter den Kulissen arbeitete sich mit Vladimiro Montesinos ein ehemaliger Hauptmann der Armee, der den Nationalen Geheimdienst *Servicio Nacional de Inteligencia* (SIN) leitete, in eine unglaubliche Machtposition hoch. Montesinos errichtete ein illegales System der Überwachung, Bestechung, Erpressung und Gewalt, mit dem er die politische Opposition weitgehend neutralisierte und den Justizapparat sowie die Massenmedien gefügig machte. Montesinos und Fujimori diskreditierten die Linke, indem sie diese generell in die Nähe der Guerillagewalt rückten. Konservative Katholiken und das *Opus Dei* gerieten ebenfalls unter Druck; sie hielten sich zumeist auf Distanz (Mücke 2008: 487).

Fujimori leitete eine umfassende wirtschaftliche Liberalisierung ein. Kernstück war eine weitreichende Privatisierung von Staatseigentum. Unter General Juan Francisco Velasco Alvarado (1968-1975) waren Eisenbahnen, Telefongesellschaften, Elektrizitätswerke, Banken, Hotels und Bergwerke verstaatlicht worden. Dies machten die Reformer nun rückgängig. Auch Krankenversicherungen und Pensionen wurden in private Hände überführt. Gesetzliche Maßnahmen schufen Anreize für ausländische Investitionen (Klarén 2004: 503-504; Arce 2005: 37-39). Von der Privatisierung profitierten vor allem inländische und ausländische Unternehmen, welche den Präsidenten fortan unterstützten (Arce 2005: 43-48). Durch die Privatisierungswelle in der ersten Hälfte der 1990er Jahre gelang es, die Staatsausgaben zu senken und mittels der Erlöse den Haushalt zu konsolidieren. Die Inflation konnte gesenkt werden, und Peru kehrte auf den Wachstumspfad

zurück. Bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gewann die Regierung Fujimori mit diesen Maßnahmen Kredit zurück, obwohl allgemein bekannt war, dass staatliche Gelder in großem Stil ohne öffentliche Kontrolle in privaten Taschen verschwanden.

Eine wichtige Reform der neuen Verfassung bestand darin, dass der amtierende Präsident sich zur Wiederwahl stellen konnte. So wurde Fujimori, der im Volksmund *el chino* („der Chinese“) genannt wurde, 1995 mit 64 % der abgegebenen Stimmen gegen seine Herausforderer, den ehemaligen UN-Generalsekretär Javier de Cuéllar, den in den USA ausgebildeten *cholo* („Mestize“) Alejandro Toledo und den Bürgermeister von Lima, Ricardo Belmont, im Amt bestätigt. Die Zustimmung in der Bevölkerung, vor allem bei der Unterschicht, war neben der ständigen Präsenz von Regierungsvertretern auf lokaler Ebene auch der Regierungspropaganda, zahlreichen Wahlorganisationen und klientelistischen Bindungen sowie den wirksam inszenierten Sozialmaßnahmen auf dem Land und in den Städten zu verdanken (Crabtree 2000/2001: 106). 2000 gewann Fujimori die Präsidentenwahlen erneut. Aber der Glanz war verflogen. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung litt unter der seit 1998 anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation in Zusammenhang mit der Asien- und Brasilienkrise sowie dem klimatischen Phänomen *El Niño*. Ohnehin verfiel die Rhetorik des Präsidenten vor dem Hintergrund offenkundiger Unregelmäßigkeiten vor und während der Wahlen nicht mehr. Hinzu kam, dass Fujimoris wichtigster Gegenspieler Toledo, in erster Linie von der Mittelschicht sowie jungen Leuten unterstützt, der ihm mit seiner Gruppierung *Perú Posible* mit 40,3 % der Wählerstimmen im ersten Wahlgang gefährlich nahe gekommen war, wegen Benachteiligung den entscheidenden zweiten Wahlgang boykottierte. Ein Großteil der Bevölkerung ging also davon aus, dass diese Wahlen irregulär und damit ungültig waren (Contreras/Cueto 2007: 398-400; St John 2010: 17-23).

Im selben Jahr wurden die Machenschaften Montesinos, von vielen als der eigentlich „starke Mann“ im Land betrachtet, entlarvt; es wurde bekannt, dass er Hunderte von Politikern, Journalisten, Militärs und Richtern gefügig gemacht und von ihnen Loyalität und Gefälligkeiten verlangt hatte. Er bestach sie mit Einnahmen aus Drogen- und Waffengeschäften sowie mit vom Fiskus abgezweigten Geldern oder erpresste sie mit geheimen Videoaufnahmen (*vladivideos*) und Tonbandaufzeichnungen von

abgehörten Telefongesprächen.¹ Wer sich dem System Montesinos nicht unterwarf, geriet automatisch in Verdacht, zur Opposition zu gehören und der linken Guerilla zu dienen. Gegner des Regimes wurden bedroht, verschleppt, gefoltert oder gar umgebracht. Montesinos setzte sich im September 2000 ins Ausland ab (Contreras/Cueto 2007: 400). Da infolge der erdrückenden Beweislage auch die internationale Gemeinschaft – allen voran die USA – vom Präsidenten abrückte, war Fujimori nicht mehr zu halten. Sein Regime erschien rückblickend als korrupt und autoritär. Die in Peru traditionell schwachen, wenig institutionalisierten und fragmentierten Parteien waren, wie alle anderen Repräsentationssysteme, noch fragiler geworden (Crabtree 2006: 25, 29-30), weshalb von dieser Seite nicht auf Besserung gehofft werden konnte. Die Missstände im Land wurden allein dem Präsidenten und seiner Entourage angelastet. Wichtige Unternehmen, die nicht mehr dem Kreis der Begünstigten angehörten, erkannten die Zeichen der Zeit und rückten von ihm ab (Arce 2005: 48-52). In der Folge kam es am 13. November 2000 zu einem Vorgang, der seinesgleichen in der Geschichte sucht: Fujimori, der amtierende Präsident, nutzte den APEC-Gipfel in Brunei zum Weiterflug nach Tokio und erklärte von dort aus per Fax seinen Rücktritt (Barrientos-Parra 2012: 290-291). Mit dem überstürzten Abgang des amtierenden Staatsoberhauptes und der fast gleichzeitigen Flucht des mächtigen Geheimdienstchefs nach Mexiko setzte der demokratische Übergang ein. Der *fujimorismo* hatte sich selbst entzaubert.

2. Die Amtszeit Toledos

Fujimori hinterließ seinem Land ein präsidiales System ohne gewählten Präsidenten, einen Staat mit inexisterter Gewaltenteilung und einer dünnen rechtsstaatlichen Grundlage, ein Parlament mit geringem Einfluss, ein noch fragileres Parteiensystem als zuvor, systematische Korruption auf al-

1 Diesbezügliche Gerüchte hatte es schon lange gegeben. Sie wurden glaubwürdiger durch Aussagen der Geheimdienstagentin Luisa Zanatta Muedas, die sich 1998 in die USA absetzte. Ab September 2000 wurden aus Geheimdienstkreisen selbst nach und nach einzelne Videos Politikern zur Veröffentlichung zugespielt. Montesinos' Geheimarchiv umfasste insgesamt 2800 Aufzeichnungen (St John 2010: 26-27). Zur Verwicklung Montesinos' in Drogen- und Waffengeschäfte, unter anderem mit der kolumbianischen FARC-Guerilla: Reiser (2011: 7).

len Ebenen, Armee- und Polizeieinheiten, die sich zahlreiche gravierende nicht aufgearbeitete Menschenrechtsverbrechen zuschulden kommen ließen, eine Verwaltung, in der Technokraten eine zunehmend wichtige Rolle spielten, eine geschwächte Zivilgesellschaft, eine oligarchisch strukturierte Medienlandschaft, ungelöste ethnische Fragen, eine Volkswirtschaft, in welcher der Staat seine Rolle als wichtigster Akteur an viele private Unternehmen abgegeben hatte, sowie deregulierte Finanz- und Arbeitsmärkte.

Nach dem Kollaps des *fujimorismo* bestand ein erster Schritt zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Wahl eines neuen Präsidenten. Am 21. November 2000 wies das um mehr Glaubwürdigkeit bemühte peruanische Parlament Fujimoris Rücktritt zurück und setzte ihn selbst ab, indem es ihn der "dauerhaften moralischen Unfähigkeit" bezichtigte (Barrientos-Parra 2012: 291). Einen Tag später bestimmten die Abgeordneten den Parlamentsvorsitzenden Valentín Paniagua als Übergangspräsidenten. Der als unbestechlich geltende Rechtsanwalt sollte diese Funktion ausüben, bis Peru wieder ein demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt hatte. Rasch wurden Untersuchungen gegen Kongressabgeordnete eingeleitet, die des Amtsmissbrauchs verdächtigt wurden. Sie mussten ihre Sitze räumen. Auch innerhalb der Armee, der Polizei und der Justiz wurden hochrangige Personen ihrer Aufgaben entbunden oder versetzt. Die Armee verlor einige ihrer Privilegien und konnte so während der Transition nicht als Vetomacht auftreten (Bertelsmann Stiftung 2003: 5-6). Zudem wurde der Geheimdienst SIN umstrukturiert (St John 2010: 7-8).

Der Wahlkampf zur Bestimmung des neuen Präsidenten wurde durch ständige Veröffentlichungen unter Montesinos angefertigter Videoaufzeichnungen beeinflusst, welche immer neue bekannte Personen kompromittierten. Mit Alejandro Toledo Manrique löste im Juni 2001 ein *cholo* den *chino* ab. Er setzte sich mit seiner Wahlorganisation *Perú Posible* mit 52,8 % gegen seinen Widersacher Alan García (47,2 %) durch. In Anbetracht der desaströsen ersten Amtszeit Garcías bedeutete das Ergebnis des Apristen, zurück aus seinem neunjährigen Exil in Frankreich und Kolumbien, das er einer juristischen Auseinandersetzung über seine Vergehen vorgezogen hatte, einen Achtungserfolg. Der limenische Anwalt und Soziologe hatte bei Teilen des Establishments noch immer seine Anhänger. Wahlsieger Toledo hingegen war in einem Andendorf aufgewachsen und stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Trotzdem war es ihm gelungen, sich an US-Universitäten zum Ökonom ausbilden zu lassen. Dies wiederum bedeutete das Sprungbrett zu Tätigkeiten an internationalen Instituten

und Organisationen in New York, Washington, Genf und Paris. Zurück in Peru profilierte er sich als Leiter eines Forschungsinstituts sowie als Dozent in Lima. Nach Fujimori entschied sich die Bevölkerung somit zum zweiten Mal hintereinander für einen Emporkömmling, der seine steile Karriere vorwiegend seiner Bildung zu verdanken hatte. Ebenso wie Fujimori hatte er seine Anhänger im Business wie in der Unterschichtenbevölkerung. Auch die internationale Gemeinschaft setzte hohe Erwartungen in ihn (St John 2010: 13-15). Manchen Peruanern, vor allem der ländlichen Bevölkerung, war er jedoch wegen seiner langen auslandsbedingten Abwesenheit sowie des Milieus der städtischen Akademiker und Wirtschaftseliten, in dem er sich bewegte, nicht authentisch genug. In diesen Kreisen wurde er auch als "Harvard-Lama" verspottet. Dieses Manko versuchte er mit symbolisch aufgeladenen Handlungen wettzumachen. Aufsehen erregte in diesem Kontext eine performative Aktion in Zusammenhang mit seiner Amtseinsetzung. Am peruanischen Nationalfeiertag, einen Tag nach der offiziellen Vereidigung, streifte er sich in Machu Picchu die Präsidentschärpe über. Im Gedenken an Pachacutec, dem größten Inkaherrscher, trat er mit einer goldenen Kriessaxt und einem Zepter auf. Schamanen reichten *Pachamama* Kokablätter dar und hantierten mit Lamafett. Der Anlass wurde durch ein Andenorchester umrahmt, das Panflötenmusik spielte (Glüsing 2001; St John 2010: 31).

Der neue Präsident wollte wie sein Vorgänger in erster Linie wirtschaftliches Wachstum generieren. Dadurch sollten eine Million Arbeitsplätze geschaffen und höhere Löhne im öffentlichen Sektor ermöglicht werden. Auch die Landwirtschaft sowie die Tourismusbranche sollten weiter angekurbelt werden. Darüber hinaus strebte er die Fortsetzung der Privatisierung an. Ausländische Investitionen sollten mit der Aussicht auf geringe Besteuerung angelockt werden. Die Bevölkerung sollte jedoch nicht nur von wirtschaftlichem Wachstum, sondern auch von Sozialprogrammen profitieren. Die Korruption wollte er beenden und den unter Paniagua begonnenen Demokratisierungsprozess fortsetzen (St John 2010: 27-31). Hinsichtlich des politischen Reformprozesses trat Toledo allerdings ein schwieriges Erbe an.² Die Rückgewinnung der Rechtsstaatlichkeit wurde dadurch erschwert, dass sich die beharrenden Kräfte einer grundsätzlichen

2 Ulrich Mücke bezeichnet den peruanischen Staat als "anomisch". Es handele sich nicht um eine Fehlentwicklung, sondern dieser sei vielmehr "Ausdruck von Machtverhältnissen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen" (Mücke 2008: 499).

institutionellen und konzeptionellen Neuausrichtung und einer personellen Erneuerung widersetzten. Ein großes Problem bestand darin, dass sich der Justizapparat selbst reformieren sollte (Dargent Bocanegra 2006: 148-155). Was die Armee anbelangt, setzte er den begonnenen Prozess fort, indem er durch Korruption oder Menschenrechtsverbrechen kompromittiertes Führungspersonal entließ und Neubesetzungen vornahm. Ferner wurden die Budgetposten für Erziehung und Gesundheit erhöht. Doch gerade hier blieb die tatsächliche Entwicklung weit hinter den Versprechungen zurück (St John 2010: 75-83, 109-116). Schließlich wurde ein sehr ambitionierter Dezentalisierungsprozess mit partizipativen Komponenten in Gang gesetzt, der weltweit beachtet wurde. Das Kernstück war die Schaffung von Regionen auf der Basis der ehemaligen *departamentos*, die gewählte Regierungen hatten, die über einen eigenen Etat verfügten (McNulty 2011: 35-48). Diese Maßnahmen sollten zur besseren Repräsentation der Bürger in staatlichen Strukturen und zur Erhöhung des Vertrauens in die offiziellen Institutionen führen.

3. Die Aufarbeitung der Vergangenheit

Ein wichtiger Schritt, der den Transitionsprozess begleitete, war die Aufarbeitung der seit den 1980er Jahren im Bürgerkrieg begangenen Menschenrechtsverbrechen, die von den Gewaltakteuren zumeist nicht zugegeben worden waren. Diese Aufgabe wurde gleich nach dem schmachvollen Abgang Fujimoris angepackt. Unter Interimspräsident Paniagua wurde am 4. Juni 2001 einer Wahrheitskommission (*Comisión de la Verdad y Reconciliación*, CVR) diese wichtige Aufgabe übertragen. Sie wurde durch Toledo drei Monate später bestätigt. Peru profitierte dabei hinsichtlich der Vorgaben an den Ausschuss, seiner Zusammensetzung, in Verfahrensfragen, Methoden der Rekonstruktion der politischen Gewalt, ihrer Zuordnung, Kategorisierung und Verarbeitung in Datenbanken von den Erfahrungen in anderen lateinamerikanischen Ländern und insbesondere vom südafrikanischen Beispiel.³ Seit den 1980er Jahren hatte sich eine transnationale epistemische Gemeinschaft mit Expertenwissen auf dem Gebiet der Menschenrechtsverbrechen herausgebildet. Die personelle und methodische

³ Allgemein zur Arbeit und Funktion von Menschenrechtsorganisationen Fischer (2000), Hayner (2001), Scheutzger (2009).

Nähe zu Menschenrechtsorganisationen und -beauftragten war unausweichlich. Hinsichtlich der disziplinären Ausrichtung war das insbesondere in dem von der Politik- und der Rechtswissenschaft bedienten Feld der Transitional Justice der Fall.

Die peruanische Wahrheitskommission hatte den Auftrag, die „schweren Menschenrechtsverbrechen“, die der *Sendero Luminoso*, der *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (MRTA) sowie die Armee und paramilitärische Gruppierungen begangen hatten, zu ermitteln, dokumentieren und aufzuarbeiten. Darüber hinaus sollte sie nach dem Vorbild Chiles, Guatemalas und Südafrikas Vorschläge zur juristischen Aufarbeitung und zur materiellen Wiedergutmachung machen. Schließlich ging es darum, der Bevölkerung eine historische Erklärung, ein offizielles Narrativ über die Gründe und die Entstehung der Gewalt im Land zu liefern. Vorsitzender des zwölfköpfigen Ausschusses mit Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche, ehemaligen Kongressabgeordneten, einem Ethnologen, einer Menschenrechtsbeauftragten sowie einem ehemaligen Leutnant der Armee war der Philosoph und Rektor der Universidad Católica in Lima, Salomón Lerner. Ähnlich wie in Südafrika wurden mehrere öffentliche Anhörungen, darunter in Ayacucho, dem Ausgangspunkt und Epizentrum des Konfliktes, durchgeführt. Dadurch sollte denjenigen Zivilpersonen eine Stimme verliehen werden, deren Meinungen und Wissen bis dahin unterdrückt worden waren. 18.000 Zeugen wurden befragt und Daten von 90.000 Menschen aufgenommen (Reisner 2005: 59-78). Die Kommission übersetzte die einzelnen Zeugnisse mit einer standardisierten Methode und einer vorgegebenen Begrifflichkeit in einen verallgemeinerbaren Bericht. Dieser passte das lokal, regional, ethnisch und sozial gefärbte Geschehen in einen nationalen Deutungsrahmen ein.

Nach 22 Monaten stellte die Kommission am 29. August 2003 ihren neunbändigen Abschlussbericht in Ayacucho vor (Comisión de la Verdad y Reconciliación 2003). Der Ausschuss schätzte, dass 69.280 Menschen in den zwei Dekaden nach 1980 gewaltsam zu Tode gekommen waren. Für 54 % der Gewalttaten machte sie den *Sendero Luminoso* und für 1,5 % den MRTA verantwortlich. 28 % der Todesfälle gingen auf das Konto von Polizisten und Soldaten, 13 % auf dasjenige der *rondas campesinas* (vom Militär organisierte Bürgerwehren) sowie der Paramilitärs. Der *Sendero Luminoso* wurde zahlreicher Morde an Personen aus den Lokaleliten beschuldigt. Sein Vokabular habe er der Genozid-Terminologie entliehen. Die Kommission sparte auch nicht mit Kritik an den Präsidenten García und

Fujimori sowie an Montesinos. Sie alle standen für den diagnostizierten fortschreitenden moralischen Verfall im Land. Fujimori wurde auch für das Auftauchen des *Grupo Colina* verantwortlich gemacht, eine der Armee unterstellte Todesschwadron. Der Bericht gab Einblick in verschiedenste Formen der Anwendung physischer und psychischer Gewalt gegen Zivilpersonen: Massaker, Exekutionen, Entführungen, Folter und Vergewaltigungen gehörten zum Repertoire der Gewaltakteure. Zahlreiche regionale und lokale Konflikte wurden rekonstruiert. Der Bericht der Wahrheitskommission lieferte sodann der Bevölkerung eine historische Erklärung für die Entstehung, die Dauer, die Grausamkeit und die Beendigung des Krieges. Hierbei wurde die zentrale Rolle der Entscheidung des *Sendero Luminoso* hervorgehoben, einen "Volkskrieg" gegen den Staat zu beginnen und die peruanische Gesellschaft von Grund auf neu zu gestalten.

Aus dem Bericht ließen sich vor allem drei miteinander verknüpfte Erkenntnisse herauslesen: Erstens überstieg die dargestellte und aufgelistete Gewalt das von den meisten Menschen für möglich Gehaltene bei weitem. Zweitens bezog sie sich auf bestimmte staatsferne, ländliche Räume der *sierra* und der *selva* (85 % der Opfer stammten aus den *departamentos* Ayacucho, Junín, Apurímac, Huanuco, Huancavelica und San Martín). Und drittens war vom Terror vor allem die indigene und die Unterschichtenbevölkerung betroffen (75 % der Opfer waren Personen, die Quechua sprachen). Ähnlich wie in Guatemala liegt die Schlussfolgerung nahe, dass es sich hier nicht um einzelne Exzesse, sondern um systematische Gewalt mit einem rassistisch motivierten Hintergrund handelte. Der Kommissionsbericht stellte eine kausale Verknüpfung zwischen sozialer/ethnischer Exklusion und Konflikt her. Er bietet damit indirekt auch eine Erklärung für den im lateinamerikanischen Vergleich verspäteten Durchbruch indigener Bewegungen in Peru. Während die *indígenas* Lateinamerikas in Zusammenhang mit den Gedenkfeiern im Vorfeld der 500-jährigen Entdeckung und Eroberung Amerikas fast überall mobilisierten und Verfassungs- und Gesetzesänderungen mit weitgehenden Autonomierechten und der Anerkennung als eigene Kulturen erzwangen (Bernecker 1993), konstituierten sich solche Bewegungen in Peru erst nach dem demokratischen Übergang.⁴

⁴ In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass sich staatliche Institutionen über Jahrhunderte hinweg schwer mit ethnischen Kategorien getan hatten. Die andine Bevölkerung wurde mehrheitlich als *campesinos* betrachtet, während man die Bewohner der Amazonía als *pueblos nativos* oder *originarios* bezeichnete. Viele Hochlandbewohner betrachten sich bis heute nicht als "indigen" (Pinedo Bravo 2012).

Wie wurde der Bericht kommuniziert und welche Wirkung hatte er? Hier ist zunächst darauf zu verweisen, dass er eine Umdeutung des zehn Jahre lang vom Fujimoriregime dominierten Diskurses begründete, indem nun die Militärs zu den (Mit-)Angeklagten gehörten, während die Opfer aus der Zivilbevölkerung als solche benannt wurden. Obwohl der Bericht nicht die Sprache der ländlichen Bevölkerung sprach, wurde er für deren Forderungen ein wichtiger Referenzpunkt. Zur besseren Aufklärung der Bevölkerung organisierte die Wahrheitskommission in der Casa Riva Agüero in Lima eine Fotoausstellung, welche das Grauen des Terrorismus dokumentierte (Iten 2003).⁵ Nach der Präsentation des Berichtes Ende August 2003 tat sich Toledo zunächst schwer damit, dazu Stellung zu nehmen und Maßnahmen in Aussicht zu stellen. Obwohl der Wahrheitsbericht die Gewaltakteure ermahnte, sich zu ihrer Schuld zu bekennen und sich vor Gerichten zu verantworten, stieß die Anerkennung der Rolle des Staates und der staatstragenden Eliten an den Verbrechen der Vergangenheit insbesondere bei hohen Offizieren auf wenig Verständnis. Auch der Erzbischof von Lima, Juan Luis Cipriani, ging davon aus, dass solche Äußerungen den subversiven Kräften und der linken Opposition in die Hände arbeiteten. Einen Großteil der peruanischen Führungsgruppen berührten die schrecklichen Wahrheiten der Wahrheitskommission nicht besonders; sie versuchten sie einfach zu ignorieren – als hätten sie mit der Entstehung nichts zu tun gehabt.

Der Wahrheitsbericht empfahl der Regierung und dem Kongress, einen umfassenden Plan zur materiellen und symbolischen Wiedergutmachung vorzulegen, um den Versöhnungsprozess voranzutreiben. Dieser Forderung kam Toledo Ende November 2003 mit einem "Friedens- und Entwicklungsplan" nach. Allerdings haperte es mit der Umsetzung der in Aussicht gestellten Maßnahmen. Die materielle Entschädigung lief sehr langsam an. Nach fünf Jahren hatte noch keiner der Angehörigen von Opfern eine individuelle Entschädigung erhalten. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass die Opferregistrierungsbehörde nur sehr langsam vorankam. Immerhin waren im Oktober 2008 über 900 Andendörfer mit Infrastrukturbauten entschädigt worden (Willer 2008). Um die kollektive Erinnerung zu fördern, bedurfte es oftmals auch der Initiative sozialer Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen sowie anderer Träger. Ein

⁵ Das Fotomaterial gelangte danach in das Nationalmuseum. Es steht ebenso wie die übrigen Dokumente der Wahrheitskommission unter der Obhut der *Defensoría del Pueblo*.

Beispiel hierfür ist das im Oktober 2005 in Ayacucho eröffnete *Museo de la Memoria* (Museum der Erinnerung) sowie der davor liegende *Parque de la Memoria* (Park der Erinnerung). Als Träger fungiert die Organisation der überwiegend aus Frauen bestehenden Angehörigen der über 8.000 Verschwundenen ANFASEP, die vom peruanischen Frauenministerium, deutschen Entwicklungsorganisationen und der Deutschen Botschaft unterstützt wird. Das *Museo de la Memoria* wurde überwiegend von indigenen Analphabetinnen eingerichtet (Burghardt 2005; Ort 2006). Staatliche Instanzen taten sich dagegen mit der Entwicklung einer offiziellen Geschichtspolitik schwer. Seit 2009 setzte die peruanische Regierung aufgrund finanzieller Förderung durch die deutsche Regierung eine hochrangige Kommission zur Schaffung eines offiziellen Erinnerungsmuseums ein (*Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión Social*).

Auch die Verantwortlichen für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollten dem Bericht zufolge zur Rechenschaft gezogen werden. García, Fujimori und Montesinos mussten sich hier besonders angesprochen fühlen. Hinsichtlich der juristischen Aufarbeitung des Fujimorismus erlangte besonders der Prozess gegen Montesinos im Jahr 2002 große Bedeutung. Der ehemalige Geheimdienstchef wurde Anfang Juli 2002 wegen Amtsmissbrauchs zu neun Jahren und vier Monaten Haft sowie einer hohen Geldstrafe verurteilt. Ironischerweise brachte man ihn in das Gefängnis bei Callao, das er für Guerilleros und Drogenbarone hatte bauen lassen und in dem auch Abimael Guzmán hinter Gittern saß. Er war über Ecuador nach Venezuela geflüchtet, wo er 2001 verhaftet und nach Peru ausgeliefert wurde. Der Geheimdienst SIN wurde im März 2004 aufgelöst.

4. Die Fortsetzung des Privatisierungsprozesses

Akzente setzte die Regierung Toledo jedoch hauptsächlich auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Hier verfolgte der Präsident keinen Kurswechsel, sondern setzte den unter Fujimori begonnenen Prozess der Liberalisierung fort. Unter Fujimori waren mehr als 200 Privatisierungen mit einem Gesamtvolumen von 9,22 Milliarden US-Dollar vorgenommen worden, welche der Staatskasse 6,45 Milliarden US-Dollar zuführten. Vor allem im Bergbau und in der Stromwirtschaft sah Toledo jedoch noch Potenzial. Derartige Entstaatlichungen wurden allerdings gegen den Willen eines beträchtlichen Teils der Lokalbevölkerung vollzogen. Ein Höhepunkt wurde

erreicht, als sich im Juni 2002 in Arequipa Widerstand gegen den Verkauf zweier Elektrizitätswerke an einen belgischen Stromerzeuger formierte. Die Vorgänge sind vom kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung als *arequipazo* registriert worden. Toledos Kritiker mobilisierten, weil Beschäftigte mit Entlassungen rechnen mussten und die Konsumenten eine Erhöhung der Strompreise fürchteten. Die Bevölkerung war auch wegen der *vladivideos* und Zeitungsberichten bezüglich des Korruptionsphänomens sensibler geworden. Man wusste inzwischen, dass ein Teil der Erlöse von Privatisierungsgeschäften regelmäßig in den Taschen korrupter Politiker verschwand. Schließlich dienten die Einnahmen aus den Verkäufen Regierung und Behörden oftmals dazu, um Haushaltslöcher zu stopfen, oder sie wurden für Zwecke ausgegeben, welche weder der Wirtschaft noch der Gesellschaft und schon gar nicht der Lokalbevölkerung (in diesem Fall derjenigen Arequipas) zugutekamen. Aufgrund der landesweiten, ja internationalen Aufmerksamkeit, welche die mediale Berichterstattung bekam, sah sich Toledo ein erstes Mal zu einer Kabinettsumbildung genötigt. Der Kabinettschef Roberto Dañino und der neoliberale Wirtschaftsminister Pedro Pablo Kuczynski⁶ mussten ihren Hut nehmen. Aber auch der renommierte Politikwissenschaftler und Menschenrechtsspezialist Diego García Sayan, der zu Fujimoris lästigsten Kritikern gehört hatte, stolperte über die Krise. Gleichwohl erstarkte die Oppositionspartei APRA, was sich in Erfolgen bei den Regionalwahlen im November 2002 niederschlug (Contreras/Cueto 2007: 404; Tejada 2009).

5. Die Bilanz der Regierung Toledo

Alejandro Toledo bekam während seiner gesamten Amtszeit die sozialen und ethnischen Probleme nie in den Griff. Neben Teilen der städtischen Mittelschicht hatten die Unterschichten sowie die ländliche Bevölkerung große Hoffnungen in ihn gesetzt – und wurden nun maßlos enttäuscht. Entgegen offizieller Beteuerungen glaubten nur wenige, dass sich die Armut tatsächlich verringerte (St John 2010: 41-58). Bereits ab 2002 kam es daher, wie erwähnt, zu Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Märschen von durch Privatisierung betroffenen Menschen. Daneben mo-

⁶ Kuczynski hatte in Oxford und Princeton studiert und Spitzenpositionen beim IWF sowie der peruanischen Zentralbank inne.

bilisierten Transportarbeiter, Lehrer, Angestellte der staatlichen Sozialversicherung und der Justiz sowie Professoren. Auch Kokabauern und die Bevölkerung in der Umgebung von Bergbauprojekten sowie Agrogroßprojekten gingen auf die Straße. Mitte des Jahres 2003 wusste sich der Präsident nicht anders zu behelfen, als den Ausnahmezustand auszurufen. Mit dem gewaltsamen Vorgehen gegen soziale Bewegungen handelte er sich den Ruf ein, mehrheitlich auf der Seite der Unternehmer und der Militärs zu stehen. Am Ende von Toledos Amtszeit hatten sich fünf verschiedene Ministerpräsidenten darin versucht, das Land zu steuern. Die richtige Mischung und ein klares Entwicklungskonzept fand der glücklose Präsident nie. Zu seinem Niedergang trug die Tatsache bei, dass er bei der Besetzung von Stellen Nepotismus betrieb und die Korruption auf höchster Ebene, zu deren Bekämpfung er angetreten war, nicht in den Griff bekam, ja wohl selbst einen Teil des Problems darstellte. Der einstige Hoffnungsträger bekam am Ende seiner Amtszeit gerade noch 8 % Zustimmung in der Bevölkerung. Das Vertrauenskapital bei denjenigen, die er aufgrund seiner Herkunft zu repräsentieren vorgab, hatte er verspielt.

6. Die Amtszeit Garcías

Perus ungelöste Probleme, soziale und ethnische Fragen, dominierten die nächsten Präsidentenwahlen im Sommer 2006. Sie wurden zu einem Dreikampf zwischen der Konservativen Lourdes Flores Nano mit Rückhalt in der städtischen Bevölkerung, dem Chef der sich wieder im Aufschwung befindenden APRA, Alán García, sowie Ollanta Humala. Nach dem ersten Wahlgang reduzierte sich das Bewerberfeld auf zwei Kandidaten mit klarem Profil: Humala und García. Humala, ein ehemaliger Oberst, der 2000 eine Meuterei angeführt hatte, sprach von seiner Herkunft – er hatte seine Wurzeln in einer linken Anwaltsfamilie in Ayacucho –, seinem Aussehen und seinen markigen Reden her die indigene und andine Bevölkerung an. Er präsentierte sich seinem Publikum (in Abgrenzung zu Toledo) als authentischer *cholo*. In seiner Bewunderung für den linken peruanischen Reformdiktator Velasco Alvarado und seinem Kokettieren mit dem venezolanischen Bolivarianismus sprach er auch autoritäre und staatsinterventionistische Segmente an. Deswegen schaffte García 2006 ein Comeback, das ihm nur wenige Analysten zugetraut hätten. Nach einem Wahlkampf, in dem er Humalas in Aussicht gestellte „Neugründung Perus“ in die Nähe

des Chavismus rückte und damit im Bürgertum Ängste schürte, machten im zweiten Wahlgang 52,6 % der zu den Wahlurnen Gehenden ihr Kreuz hinter dem Namen des charismatischen Apristen. Der "Weiße" García punktete vor allem in den Küstenstädten im Zentrum des Landes sowie im Norden. Auch dort hielt sich die Begeisterung für ihn zwar in Grenzen, vielen ging es aber nur darum, den unberechenbaren Populisten Humala zu verhindern.

Die Wahl zeigte sodann, dass García noch immer über eine intakte Netzwerkstruktur verfügte. Bei jüngeren Menschen spielte eine Rolle, dass sie seine erste Amtszeit nicht bewusst miterlebt hatten. Der Auftrag, den die Wähler dem neuen Präsidenten mitgaben, war klar: Er sollte das schaffen, woran sein Vorgänger gescheitert war, die Lebensbedingungen für möglichst viele Menschen sichtbar zu verbessern. Die makroökonomische Konsolidierung unter Toledo bedeutete ihnen wenig, solange sie davon nichts spürten.

Doch García entschied sich in Diskurs und Praxis ebenso wie sein Vorgänger für wirtschaftspolitische Kontinuität, für Wirtschaftsliberalismus und nicht in erster Linie für politischen Liberalismus. Er versuchte die in ihn gesetzten Erwartungen mit einem Programm zu erfüllen, das nur noch wenig mit den traditionellen Inhalten seiner Partei zu tun hatte. Er wollte alle Schichten der Bevölkerung zufriedustellen (St John 2010: 60). García präferierte damit eine ähnliche Entwicklungsstrategie wie der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe (2002-2010). Er distanzierte sich hingegen vom Reformeifer des Bolivianers Evo Morales (seit 2006) oder des Venezolaners Hugo Chávez (1999-2013). Auch mit dem brasilianischen und chilenischen Entwicklungsmodell gab es nur wenig Übereinstimmung. Ähnlich wie unter dem Vorgänger Toledo befanden sich in Garcías 15-köpfigem Kabinett zahlreiche Technokraten. Außerdem waren sechs Frauen in der Regierung.

Einen Schwerpunkt bildete der Bergbau. Dank massiver Investitionen nahm dieser einen wachsenden Anteil an den Exporten ein. Auch der Staat profitierte; ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen stammte im Jahr 2009 aus dieser Branche (Avila/Viale/Monge 2011: 163-164). Der Freihandelsvertrag mit den USA trug ebenfalls zur peruanischen Bergbaubonanza bei. Lange Zeit hatte sich García gegen dieses Projekt gestemmt; als Präsident änderte er jedoch seine Meinung. Der peruanische Kongress nahm das Abkommen im April 2006 an. Im November 2007 ratifizierte es der US-amerikanische Kongress. Das wirkte unter Investoren und Kre-

ditgebern wie ein Ritterschlag. Die internationale Finanzwelt war fortan bereit, García und sein Team als geläuterte Populisten zu umarmen.

Bei den benachteiligten Bevölkerungsschichten jedoch verspielte García rasch seinen Kredit. Zwar versuchte er sie mit einem Bildungsprogramm zufriedenzustellen, aber dieser Ansatz scheiterte schon nach kurzer Zeit. Es herrschte weiterhin Unzufriedenheit, weil insgesamt zu wenig Arbeit geschaffen wurde. Im boomenden Bergbau war der Beschäftigungseffekt gering. In einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung war das Unbehagen über die astronomischen Gewinne der Bergbauunternehmen groß, die nur zum Teil im Land blieben. Gleichzeitig konnte das Misstrauen gegenüber der Verwendung der Bergbaurenten nicht beseitigt werden. Man ging davon aus, dass erhebliche Teile davon bei den Regionen und der Bevölkerung nicht ankamen und in anderen Kanälen versickerten. Der wachsenden Sorge wegen Umweltschäden begegnete García mit der Schaffung eines Umweltministeriums im Jahr 2008. Antonio Brack Egg, der erste Umweltminister Perus, legte den Schwerpunkt auf die Abwasserproblematik – ein sehr dringliches Problem in Peru. Während er die Großunternehmen als Wasserkonsumenten und -verschmutzer ausdrücklich in Schutz nahm, weil sie die Umweltauflagen seiner Meinung nach befolgten, kritisierte er die zumeist illegalen Goldsucher, die Wald rodeten und mit Quecksilber das Wasser belasteten. Rebellen indigene Führer und Umweltschützer, welche zur Bekämpfung von Großprojekten aufriefen, versuchte er zu diskreditieren, indem er sie in die linke Ecke stellte (Iten 2009). Gleichwohl erhoben sich 2009 in der peruanischen Amazonía indigene Gruppen aus den *departamentos* Cuzco, Ucayali, Loreto, San Martín und Amazonas. Im Unterschied zum Nachbarland Ecuador waren diese in der nationalen Öffentlichkeit bis dahin kaum wahrgenommen worden. Die *indígena*-Gemeinschaften im Amazonas kritisierten, dass sie in Entscheidungsprozesse, die ihren Lebensraum betrafen, nicht angemessen einbezogen wurden. Die Bewohner der Amazonía hätten nicht vom starken Wirtschaftswachstum profitiert. Sie verlangten die Rücknahme von Dekreten zur Erleichterung der Ausbeutung von Rohstoffen, zur Nutzung der Wasserressourcen sowie zur Abholzung von (Ur-)Wald, welche große Unternehmen in die Amazonía locken sollten (Alimonda et al. 2009: 85-100). Ihre Dachorganisation *Asociación Interétnica de Desarrollo de los Pueblos Amazónicos* (AIESEP, Multiethnischer Verband für die Entwicklung der Amazo-nasbevölkerung) organisierte im Juni 2009 Blockaden und besetzte Erdölanlagen. Aktivisten griffen öffentliche Gebäude in Bagua

Grande, Bagua und Jaén an. Die Störung der öffentlichen Ruhe und die Anwendung von Gewalt, um sich Gehör zu verschaffen, betrachteten sie als legitim.

Der Führer des *baguazo*, Alberto Pizango, warf der Regierung „Genozid“ vor (Hohmann 2009). Die Innenministerin Mercedes Cabanilla ihrerseits bedauerte die Gewalt gegen Sicherheitskräfte, ohne deren Übergriffe gegen Zivilpersonen zu erwähnen. Präsident García ließ in einer dreiteiligen Artikelserie in der Tageszeitung *El Comercio* verlauten, die 400.000 Indigenen im peruanischen Amazonasgebiet könnten der Mehrheit der Nation ihre Vorstellungen nicht aufzwingen. Er reklamierte für sich, die nationalen Interessen zu vertreten. García behauptete daher, die Forderungen indigener Gemeinschaften, welche „alte Rechte“, ihren natürlichen Lebensraum sowie den Anspruch auf Teilhabe an der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und Mitgestaltung der Regionalentwicklung geltend machten, seien in Anbetracht der Bedürfnisse der Nation, welche er repräsentiere, sekundär. Das Verhalten der Indigenen verglich er mit dem „Syndrom des Gärtnerhundes“: So wie sich der Hund des Gärtners gegenüber dem Kohl verhalte, den er nicht fresse, gleichzeitig aber nicht wolle, dass andere davon essen, so verhielten sich die Indigenen gegenüber den peruanischen Rohstoffen. „Die Realität jedoch sagt uns, dass wir die ungenutzten Ressourcen in Wert setzen und die Arbeitsanstrengungen erhöhen müssen“. Dieser Weg sei der einzig mögliche für Peru (García Pérez 2009). Andere Ansätze verwarf der Präsident als ideologisch rückständig, oder er unterstellte, sie seien nur aus der Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit geboren. Ohne eine Mitschuld der Eliten sowie großer Konzerne und der öffentlichen Hand an sozialen und ökonomischen Missständen einzugestehen, suchte er somit die Probleme im Land einseitig bei der indigenen Bevölkerung. Seine öffentliche Geringschätzung der Indigenenbewegung, ihrer Motive und ihrer subsistenzorientierten Aktivitäten sowie seine Weigerung, die Strafverfolgung auch auf Übergriffe von Soldaten und Behörden auszuweiten, trug maßgeblich zur Eskalation des Konfliktes bei (Durand 2010: 347; Chávez/Pizarro 2013: 65-67).

Die peruanischen Behörden bezichtigten Pizango der „Konspiration“ und des Aufruhrs. Er rettete sich durch Flucht nach Nicaragua; erst nach einem Jahr kehrte er zurück. Auf indigener Seite gab es ebenso wie auf der Seite der staatlichen Sicherheitskräfte zahlreiche Opfer. Unterstützt von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Ethnologen, Studenten und Gewerkschaften sowie Teilen der von Humala angeführten Politiker brachten

sie schließlich ein Gesetzespaket zu Fall, das unter Bezugnahme auf das Freihandelsabkommen mit den USA die Bewirtschaftung des Amazonas regeln sollte. Der Präsident des Ministerrates, Yehude Simon, übernahm die Verantwortung für die Unruhen im Land und musste im Juli 2009 nach weniger als einem Jahr von seinem Amt zurücktreten. Die Indigenen erreichten direkte Verhandlungen mit der Regierung. Doch diese erfolgten in einem Klima des gegenseitigen Misstrauens.

Als Folge dieser Auseinandersetzungen verabschiedete der peruanische Kongress am 19. Mai 2010 die *Ley de Derecho a la Consulta Previa*, welche die kollektiven Rechte indigener Gemeinschaften besser regeln soll – so, wie es die 1994 von Peru unterzeichnete Konvention 169 der *International Labor Organization* ILO vorsieht. Staatliche Maßnahmen, die kollektive Rechte indigener Gemeinschaften tangieren, dürfen nur nach vorangehender Information und Konsultation in Angriff genommen werden. Gleichwohl steht auf einem anderen Blatt geschrieben, wie die Umsetzung dieses Gesetzes erfolgt, denn von Seiten des Staates und der Regierung werden sozioökologische Bewegungen nach wie vor als dysfunktional für die über allem stehenden Wachstumsziele gesehen (Durand 2010: 348). Trotzdem ist dieses Ergebnis des *baguazo* mehr als nur „ein Schrittdchen nach vorn“ (Hohmann 2010); denn zumindest ist nun auf höchster staatlicher Ebene ein partizipativer Diskurs verankert, auf den sich Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und indigene Gemeinschaften berufen können, wenn Politiker, Wirtschaftseliten, transnationale Konzerne sowie all diejenigen, die sich auf das Freihandelsabkommen mit den USA beriefen, über sie hinweggehen möchten. Diese Kräfte besitzen nun nicht mehr die alleinige Deutungsmacht. Der Versuch der Regierung García, die im Amazonas entstehende Indigenenbewegung im Keim zu ersticken, erreichte somit das Gegenteil. Was die Verluste an Menschenleben bei solchen Konflikten anbelangt, war die Bilanz der Regierung García, die durchschnittlich pro Jahr mehr als 7 % Wirtschaftswachstum verzeichnete, verheerend: 191 Staatsbürger, von denen 153 Zivilpersonen und 38 Militärs waren, starben (Chávez/Pizarro 2013: 69-70).

7. Die Prozesse gegen Guzmán und Fujimori

Unter García ging die juristische Vergangenheitsaufarbeitung weiter: Nach einem aufsehenerregenden Prozess wurde am 13. Oktober 2006 erneut

ein Urteil über Abimael Guzmáns Straftaten gesprochen. Ein neues Verfahren war notwendig geworden, nachdem das Verfassungsgericht 2003 entschieden hatte, dass die Verfahren von mehr als 1.800 durch Militärgerichte wegen Terrorismus zu Gefängnisstrafen Verurteilten neu aufgerollt werden sollten. 400 Gefängnisinsassen kamen in diesem Zusammenhang frei. Guzmán gehörte nicht dazu. Er wurde wiederum zu einer lebenslänglichen Strafe verurteilt. Ansonsten gestaltete sich die juristische Aufarbeitung jedoch als schwierig. Die oftmals prekäre Beweislage ist einer der Gründe dafür, denn weder Militärs noch ehemalige Guerilleros zeigten sich kooperationswillig (Wollin 2014).

Auch unter die Ära Alberto Fujimori wurde ein juristischer Schlussstrich gezogen. Als der per internationalem Haftbefehl gesuchte ehemalige Präsident Anfang November 2005 bei seiner Einreise in Chile verhaftet und im September 2007 an die peruanische Justiz ausgeliefert wurde, kam auch Bewegung in die juristische Aufarbeitung der unter ihm begangenen Verbrechen. Der Interamerikanische Gerichtshof handelte schneller als die peruanische Justiz. Ende 2006 verpflichtete dieser Organismus den peruanischen Staat zur Zahlung hoher Summen an die Angehörigen der neun Studenten und eines Professors der Universität La Cantuta in Lima, die von den Todesschwadronen Grupo Colina entführt und umgebracht worden waren. Darüber hinaus sollte ihrer gedacht werden. Dies rief bei den Anhängern Fujimoris und der Regierung García sowie namhaften Personen aus dem politischen und wirtschaftlichen Establishment Empörung hervor. García eschauffierte sich nicht nur, weil er auf die Unterstützung der Militärs angewiesen war; er fürchtete auch, dass das Urteil ein Präjudiz für seine eigene Amtszeit darstellen könnte, dass bald auch die Jahre 1985-1990 in den Fokus der juristischen Aufarbeitung geraten könnten. Gleichwohl sah sich ein knappes Jahr später die Justizministerin María Zavala genötigt, sich im Namen des Staates bei den Familienangehörigen zu entschuldigen.

In vier Prozessen, die in der Kaserne der Eliteeinheit DINOES unter großen Sicherheitsvorkehrungen stattfanden, wurde auch Fujimori verurteilt. Nach 15-monatigem Verfahren erachtete am 4. April 2009 ein dreiköpfiges Richterergremium des Obersten Strafgerichtes, das durch zahlreiche Fachleute beraten worden war, Fujimori für schuldig. Am 31. August desselben Jahres wurde das Urteil, 25 Jahre Haft für den ehemaligen Präsidenten, bestätigt. 160 Personen waren angehört, 80 Zeugen geladen worden. Obwohl die Beweiskette nicht bis zu Fujimori selbst reichte, wurde ihm

die Verantwortung für die Ermordung der zehn Personen in der Universität *La Cantuta* (1992), von 15 Gästen einer Grillparty in Barrios Altos im Zentrum von Lima (1991) sowie für schwere Körperverletzung gegen vier Personen in Barrios Altos ebenso wie für die Entführungen des Journalisten Gustavo Andrés Gorriti Ellenbogen – er hatte eine Monografie über den *Sendero Luminoso* verfasst, aber auch die Machenschaften Montesinos' enthüllt – und des Unternehmers Samuel Edward Dyer Ampudia und ihre Folter im sogenannten *Pentagonito* als *autor mediato* zur Last gelegt. Fujimori wurde also als Anstifter für diese durch den *Grupo Colina* der Armee ausgeführten Menschenrechtsverletzungen angeklagt und zu besagter Haftstrafe verurteilt (Barrientos-Parra 2012: 291-296).

Die Bedeutung dieses Urteils ist weitreichend. Im Unterschied zum Nachbarland Chile, wo Augusto Pinochet, während 17 Jahren der Kopf eines menschenverachtenden autoritären Regimes, bis zu seinem Tod nie hinter Gitter gebracht wurde, konnte Perus Justiz durch den Prozess und die Strafe für Fujimori wieder ein wenig Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Wenngleich das Finden von Beweisen infolge der geringen Kooperationsbereitschaft der Gewaltakteure schwierig war, konnten auch einige weitere Minister, hohe Offiziere der Armee, Richter sowie Staatsanwälte hinter Gitter gebracht werden (Schröder 2008). In zwei zusätzlichen Prozessen wurde Fujimori aufgrund illegaler Hausdurchsuchung und wegen einer millionenschweren ungesetzlichen Zahlung an Montesinos zu weiteren sechs respektive sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Schließlich ergab ein vierter Prozess wegen illegalen Abhörens von Telefongesprächen – betroffen waren unter anderem Javier Pérez de Cuéllar sowie Mario Vargas Llosa –, des Kaufs eines Kabelfernsehers mit Staatsgeldern sowie der Bestechung von Parlamentariern im Wahljahr 2000 zusätzliche sechs Jahre Haft (Marti 2009). Die Bilder, welche die Fernsehkameras über diese Prozesse und die Urteilsverkündung übermittelten, zeigten einen sichtlich gealterten Mann, der zwar seinen Getreuen noch zuwinkte, aber, vom Publikum durch schusssichere Glasscheiben abgetrennt, kein staatsmännisches Erscheinungsbild mehr abgab. Die Dramaturgie war nicht ganz so demütigend wie die seinerzeitige öffentliche Demaskierung Guzmáns in Sträflingskleidern, aber die Verkehrung des einstigen Triumphators über den *Sendero Luminoso* in eine der Korruption und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilte Person verfehlte ihre Wirkung nicht.

8. Die Amtszeit von Humala

Im April 2011 fanden erneut Kongress- und Präsidentenwahlen statt. Das wirtschaftliche Wachstum der letzten 20 Jahre wollte kein Kandidat in Frage stellen. Zugleich versprach jeder Anwärter, sich vermehrt um die große Anzahl der Armen im Land zu kümmern. Aus den Wahlen ging Humala, der inzwischen seine militärische Uniform gegen einen Anzug mit Krawatte eingetauscht hatte, siegreich hervor. Er setzte sich im zweiten Wahlgang gegen Fujimoris Tochter Keiko mit ihrer Gruppierung *Fuerza 2011* durch. Keiko war in den neunziger Jahren von ihrem Vater als Ersatz für die von ihm geschiedene Frau zur *Primera Dama* aufgebaut worden. Nun wollte die Betriebswirtschaftlerin mit Abschlüssen in den USA sein politisches Erbe antreten. Allerdings war Humalas Vorsprung von lediglich 0,2 % minimal. Den Wahlsieg sicherte er sich vor allem in den ländlichen südlichen *departamentos*. Im Unterschied zum *cholo* Evo Morales in Bolivien konnte er sich allerdings nicht auf eine breite soziale Bewegung stützen.

Die Kandidaten des konservativen und neoliberalen Lagers vermochten die Bevölkerung nicht mehr zu überzeugen. Für die Konservativen und die Wirtschaftseliten galt Humala als unberechenbarer Partner. Er hatte seinen Wählern eine „gran transformación“ (große Transformation) versprochen. Für die Unterschichten reichte der Hinweis darauf, dass er die Interessen der Lokalbevölkerung über diejenigen der großen Unternehmen stellen werde. „Zuerst das Wasser, dann das Gold“, rief er seinen Zuhörern bei einer Kundgebung in Cajamarca zu, wo die US-amerikanische Newpoint Mining Corporation tätig ist. Er hatte damit die Sorge der sozialen und Umweltbewegungen, welche die Bauern und Indigenen repräsentierten, angesprochen. Davon abgesehen blieb er, von brasilianischen Spezialisten beraten, bei der Ausdeutung seines „großen Projektes“ eher vage. Es reichte allerdings, wie erwähnt, für den Wahlsieg (Marti 2011). Die Oberschichten blieben skeptisch. Sie fürchteten die in Aussicht gestellte „große Transformation“ und warnten vor einer ähnlichen Dynamik, wie man sie zuerst in Venezuela unter Hugo Chávez und schließlich in Bolivien unter Evo Morales gesehen hatte, also eine Verfassungsreform, Neuaushandlung der Verträge mit ausländischen Bergbaugesellschaften, Umverteilungsprogramme in großem Stil zugunsten der Armen und den Anschluss an das linke Wirtschafts- und Sozialbündnis ALBA.

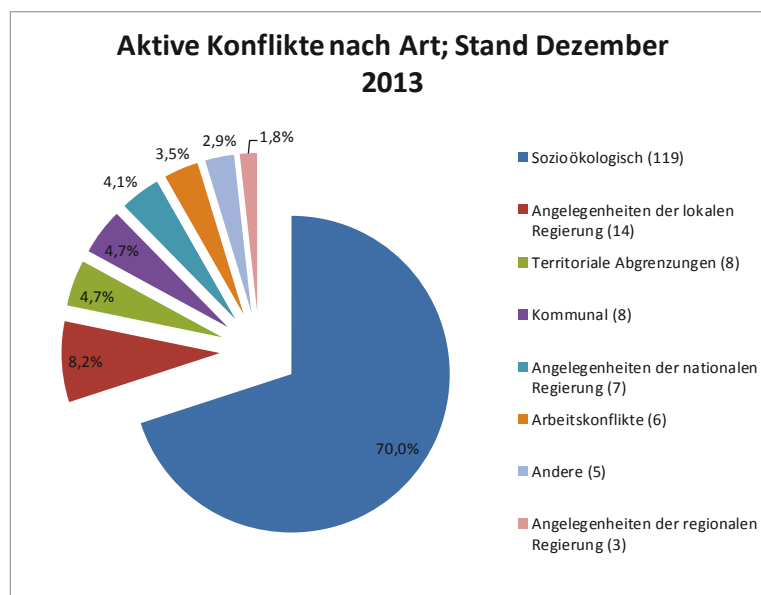
Doch Humala sah sich zunächst gezwungen, sich mit dem peruianischen und transnationalen Unternehmertum, der Finanzwelt, der interna-

tionalen Gemeinschaft und der katholischen Kirche zu arrangieren. Sein Pragmatismus trug dazu bei, große Konflikte zu vermeiden, zumal sich auch die Gegenseite mehrheitlich auf den neuen Präsidenten einstellte. Nach etwas mehr als der Hälfte seiner Amtszeit lässt sich konstatieren, dass der peruanische Präsident eher dem ecuadorianischen als dem venezolanischen und bolivianischen Entwicklungsmodell huldigt. Wie seine Vorgänger will auch Humala das wirtschaftliche Wachstum keinesfalls gefährden. Um dieses zu gewährleisten, setzt er auf Währungsstabilität. Dadurch soll das Vertrauen der Investoren gewonnen werden. Er bekennt sich insbesondere zu Investitionen in großem Stil und zur Zunahme der Förderkapazität im Rohstoffsektor. Peru möchte dabei von den schon einige Jahre boomenden Rohstoffpreisen weiterhin profitieren. Die Verteuerung von Lizenzen zur Rohstoffsuche und -förderung und die Erhöhung der Steuern sollen die staatliche Rente vergrößern und nicht nur zusätzliche Infrastrukturprojekte, sondern auch die Anhebung der Sozialausgaben ermöglichen (Schröder 2011). 2012 erreichten die Investitionen in den Bergbau 8,568 Milliarden, womit sie sich seit Garcías Höchststand nochmals mehr als verdoppelt hatten (Monge 2013: 279-291; Ministerio de Energía y Minas 2013). In den Außenbeziehungen bemühte sich die Regierung Humala insbesondere um freundschaftliche Kontakte in Lateinamerika. Vor allem in der Pazifikallianz (*Alianza del Pacífico*) zusammen mit Chile, Kolumbien und Mexiko wollte Humala eine Rolle spielen. Auch im seit dem Ende des so genannten Salpeterkrieges 1883 schwelenden Grenzkonflikt mit Chile verzeichnete der neue Präsident einen Teilerfolg. Nach sechsjährigen Untersuchungen wurde Ende 2014 eine neue Seegrenze mit dem Nachbarland festgelegt. Zum Jahresbeginn fällte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, den die Konfliktparteien als Schlichtungsinstanz angerufen hatten, einen Schiedsspruch, in dem Chile gezwungen wurde, 21.000 Quadratkilometer Meeresgebiete an Peru abzutreten. Territorialfragen sind *essentials* für alle Nationalisten; sie feierten daher den Schiedsspruch als Sieg über den ungeliebten, aber erfolgreichen Nachbarn. Aber auch wirtschaftlich bedeutet das Urteil für Peru zusätzliche Einnahmen. In den nun Peru zugeschlagenen Gewässern befinden sich Sardellen, die zur Gewinnung von Fischöl und Fischmehl dienen (Brühwiller 2014a; Brühwiller 2014b).

Vor diesem Hintergrund war die internationale Gemeinschaft schnell bereit, der peruanischen Regierung Kredite zu gewähren. Bei der Rating-

agentur Standard and Poors stand Peru 2013 lateinamerikaweit hinter Chile, jedoch noch vor Mexiko und Brasilien auf dem zweiten Platz.

Seine Wähler aus der Unterschicht jedoch enttäuschte Humala ebenso wie Toledo mehrheitlich, ja, er musste sich vorhalten lassen, seine eigenen



Grafik: Thomas Fischer

Ziele verraten zu haben. Die Sozial- und Umweltkonflikte hielten auch nach 2011 an (siehe Grafik), und wie bei den vorangehenden Regierungen setzten sie auch Humalas Kabinette unter Druck.⁷ Bereits nach einem halben Jahr mussten die ersten Minister zurücktreten. Das erste prominente Opfer war der Kabinettschef Salomón Lerner, der für die Einbeziehung der Lokalbevölkerung in die Aushandlung der Rohstoffförderlizenzen im Bergbauprojekt Minas Conga der Newpoint Mining Corporation in Caza-

⁷ Im Januar 2014 registrierte die *Adjuntía para la Prevención de Conflictos Sociales y la Gobernabilidad* der *Defensoría del Pueblo* 136 aktive und latente *conflictos socioambientales*. 75 % davon betrafen den Bergbau. <<http://www.defensoria.gob.pe/conflictos-sociales/conflictosportipo.php>> (05.08.2014).

marca eingetreten war. Mit ihm verlor Humala einen langjährigen Berater und Weggefährten (Chávez/Pizarro 2013: 67). Der Präsident ersetzte Lerner durch Óscar Valdés, einen Oberst. Auch andere Mitstreiter Humalas, insbesondere aus dem Umweltministerium, rückten enttäuscht vom Präsidenten ab, weil dieser, anstatt partizipative Demokratie zu fördern, immer mehr auf Zentralismus und Autoritarismus setzte. Humala verhängte beispielsweise den Ausnahmezustand über die Region Cajamarca und ließ Proteste der über die Wasserverschmutzung besorgten Bevölkerung niederschlagen. Vom Kabinett und den Behörden forderte er ebenso wie von der Zivilbevölkerung *disciplina* (Gehorsam) (Moreno 2013). *Institution building* ist bei ihm somit nicht unbedingt mit Demokratisierung gleichzusetzen.

So werden auch unter Humala grundsätzliche Probleme nicht angegangen: Peru leidet nach wie vor unter einem relativ schwachen Staat, dem in wichtigen Momenten die Steuerungskapazität fehlt, viele Bürger fühlen sich in den Institutionen kaum repräsentiert, und die Korruption grassiert auf höchster Ebene. Ein Grund dafür ist die bisher nur halbherzig umgesetzte Dezentralisierung, welche in Form der *presupuestos participativos* und der *consejos de coordinación regional* partizipative Elemente enthält (McNulty 2013; Bertelsmann Stiftung 2014: 2). So vermittelt die Regierung Humala nicht den Eindruck, an einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung interessiert zu sein. Die Bevölkerungsmehrheit wartet nach wie vor auf Verbesserungen. Wohl hatte Humala bereits kurz nach seiner Vereidigung den Mindestlohn von 160 auf 180 Euro angehoben, das Haushaltsbudget für Bildung um 15 und für Gesundheit um 11,5 % aufgestockt und für Arme und Kleinbauern spezifische Programme aufgelegt. Vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Lage im Land reicht das jedoch bei Weitem nicht aus. Im PISA-Test von 2012 belegte Peru in Lesefähigkeit und Mathematik unter 66 evaluierten Ländern den letzten Platz. 68 % seiner Bevölkerung arbeiten im informellen Sektor (unter den jungen Menschen sind es 84 %), und die Gewaltrate sowie allgemein Straftaten sind im regionalen Vergleich sehr hoch; in einer Meinungsumfrage gaben 28 % der Befragten an, im vergangenen Monat Opfer eines Delikts geworden zu sein (Fowks 2014).

9. Schlussbetrachtung

Nimmt man die Entwicklungen seit Fujimoris Abgang in den Blick, lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

Auf politischer Ebene konnte eine Demokratisierung erreicht werden. Die Verfassung, welche die Gewaltentrennung und freie Wahlen gewährleistet, ist hierfür die Grundlage. Toledo, García und Humala wurden ebenso wie die Repräsentanten des Parlamentes in regulären Wahlen gewählt. Zwar standen Toledo und García am Ende ihrer Amtszeit in der Gunst der Bevölkerung sehr weit unten; aber sie konnten immerhin im vorgesehenen Zeitrahmen zu Ende regieren. Weder die Militärs noch bewaffnete Gruppierungen (Guerilla, paramilitärische Organisationen) können derzeit den demokratischen Konsens gefährden; hier haben die Wahrheitskommission und die begonnene, jedoch keinesfalls schon abgeschlossene juristische Vergangenheitsaufarbeitung einen Bewusstseinswandel angestoßen. Die Bevölkerung bekennt sich mehrheitlich zur Demokratie (Latinobarómetro 2013). Auch auf regionaler und lokaler Ebene finden regelmäßig Wahlen statt. Zur Problemlösung tragen die *Defensoría del Pueblo*, die *Unidad de Prevención y Resolución de Conflictos/Oficina de Gestión de Conflictos Sociales* und das Umweltministerium bei. Obwohl diese Behörden dafür sorgen sollen, die Bürger näher an ihren Staat heranzuführen, sind die staatlichen Institutionen noch wenig gefestigt. Auch der Dezentralisierungsprozess konnte bisher die in ihn gesetzten Erwartungen noch nicht erfüllen.

Auffallend ist insbesondere, dass sich das in Peru traditionell fragile und unter Fujimori noch zusätzlich geschwächte Parteiensystem nicht erneuert hat. Die Politik ist immer noch stark personenzentriert. Wahlen werden mit Hilfe von Wahlorganisationen gewonnen, denn außer der APRA gibt es keine landesweit vertretene, schlagkräftige, institutionalisierte Großpartei, die über längere Zeit Chancen hat, das Präsidentenamt zu erringen. So bleibt die Wählerschaft volatil. Allerdings weisen – zumindest auf nationaler Ebene – die Wahlergebnisse nicht wirklich auf einen Neuanfang hin, zumal die nach Fujimori gewählten Präsidenten ihre Wurzeln in der Vergangenheit hatten, die überwunden werden sollte: Toledo war unter Fujimori zum Politiker gereift. Er konnte nur als Kontrastfolie zu ihm an Profil gewinnen, das sich, kaum war er an der Macht, in Nichts auflöste. García, der charismatische Führer der APRA, war bereits in den durch politische Gewalt und wirtschaftlichen Niedergang geprägten 1980er Jahren ein erstes Mal Präsident. Obwohl ihm die Bevölkerung

eine zweite Chance gab, regierte er auch in seiner zweiten Amtszeit ohne soziale Vision. Humala startete ebenfalls unter Fujimori seine politische Karriere – seine Beteiligung an einem Putschversuch brachte den Militär ein erstes Mal ins Gespräch. Und seit dem Abgang Fujimoris verwaltet Keiko sein Erbe. Rückblickend lässt sich festhalten, dass die politischen und justiziellen Maßnahmen und die medial inszenierten symbolischen Demütigungen der letzten 15 Jahre nicht ausreichten, um den *fujimorismo* als positiven Bezugspunkt ganz aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen. Der Mythos Fujimori hat zwar Schaden erlitten, aber bei Teilen der Bevölkerung lebt er, ungeachtet der im Gefängnis sitzenden Person Alberto Fujimori, weiter – wie man aus dem Erfolg Keiko Fujimoris bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im April 2016 mehr als deutlich erkennen kann. Auch mit der APRA, der ältesten peruanischen Großpartei, von der man inzwischen nicht mehr so genau weiß, wofür sie steht, muss jederzeit – mit oder ohne García – gerechnet werden. Lediglich die Terrororganisation *Sendero Luminoso* unter ihrem (ebenfalls im Gefängnis sitzenden) Anführer Guzmán scheint dauerhaft geschwächt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet fallen ebenfalls Kontinuitätslinien auf: Toledo, García und Humala stammen zwar aus unterschiedlichen Regionen und repräsentieren divergierende politische Familien, dennoch setzten sie alle gleich auf die unter Fujimori begonnene Wachstumsstrategie. Positive Rahmenbedingungen für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt und eine liberale Standortpolitik locken private Unternehmen – insbesondere aus dem Ausland – an, die Großinvestitionen im exportorientierten Bergbau und im Agribusiness tätigen. Erstmals rückt nun auch die wenig besiedelte Amazonía ins Blickfeld. Die dank der Dynamik privater Unternehmen generierten Staatseinnahmen kommen auch der Regionalpolitik und einigen Sozialprogrammen zugute.

Globalisierung, Kapitalismus und neoliberale Politiken führen zu einer massiven Umgestaltung der ländlichen Welt. Vor allem im Extraktionssektor herrscht seit Toledo eine Goldgräberstimmung wie im 19. Jahrhundert. Doch dieses Phänomen wird auch beanstandet. Kritiker wenden ein, dass einseitig private Großunternehmen profitieren, dass die Anteile der Gewinne, die in den Regionen bleiben, zu gering sind, dass zu wenig Arbeit geschaffen wird, sich der Binnenmarkt nicht entwickelt, die kulturelle Identität lokaler Gesellschaften bedroht wird und die Umwelt zu starken Belastungen ausgesetzt ist. In diesem Zusammenhang stellt sich einmal mehr die Frage nach den Möglichkeiten politischer Partizipation.

Rund 100 Jahre nach dem vom indigenistischen Schriftsteller und Anthropologen Luis Valcárcel registrierten “Beben in den Anden” (*Tempestad en los Andes*) fordern soziale Bewegungen den Staat und das politische Establishment heraus.⁸ Dieses Phänomen ist das eigentlich Neue der Postfujimorizeit. *Movimientos socioambientales* konstituieren sich meist auf lokaler Ebene und agieren im regionalen Kontext. Dort und im öffentlichen nationalen Diskurs sind sie ein ernstzunehmender Akteur geworden (Durand 2010: 253-358), denn sie sind – in Ermangelung von Volksparteien, die ihre Interessen wahrnehmen – die eigentlichen Repräsentanten der Lokalbevölkerung. Sie erfüllen eine Kompensationsfunktion in einer diskreditierten politischen Kultur (Panfichi 2011). Wie vor 100 Jahren, als die herrschenden Oligarchien durch Arbeitskämpfe im Bergbau, in der kommerziellen Landwirtschaft, im Transportgewerbe und in Textilunternehmen erschüttert wurden, antwortet der Staat auf Unruhen oft genug mit Unverständnis und Repression. Das steht im Widerspruch zu elementaren bürgerlichen Menschenrechten wie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Seit Fujimoris Abgang drängen Perus Unterschichten vermehrt auf die Einlösung des politischen Liberalismus.

Literaturverzeichnis

- ALIMONDA, Héctor et al. (Hg.) (2009): *La Amazonía rebelde*. Lima: Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO)/Universidad Nacional Mayor de San Marcos (UNMSM)/Programa Democracia y Transformación Global (PDTG).
- ARCE, Moisés (2005): *Market Reform in Society: Post-Crisis Politics and Economic Change in Authoritarian Peru*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- AVILA, Gustavo/VIALE, Claudia/MONGE, Carlos (2011): “Extractive Industries and their Imprint”. In: Crabtree, John (Hg.): *Fractured Politics. Peruvian Democracy. Past and Present*. London: Institute for the Study of the Americas, S. 159-185.
- BARRIENTOS-PARRA, Jorge (2012): “La condena a Fujimori: ejemplo contra la impunidad en América Latina”. In: Toche, Eduardo (Hg.): *Perú Hoy* Bd. 21. La gran continuidad. Lima: desco – Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo y Estudios, S. 287-312.
- BERNECKER, Walther L. (1993): “Renaissance und Neugefährdung indianischer Kulturen”. In: Ammon, Günther/Eberhard, Theo (Hg.): *Kultur, Identität, Kommunikation, 2. Versuch*. München: Eberhard, S. 211-243.

8 Luis Valcárcel hatte 1927 ein Manifest unter diesem Titel veröffentlicht.

- BERTELSMANN STIFTUNG (2003): *Ländergutachten Peru*. <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/lateinamerika_karibik/Peru.pdf> (20.02.2014).
- (2014): *Peru Country Report* <https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2014/pdf/BTI_2014_Peru.pdf> (07.06.2016).
- BRÜHWILLER, Tjerk (2014a): “Chile und Peru streiten sich um 3,7 Hektaren Wüste”. In: *Neue Zürcher Zeitung*. 14.02.2014, <<http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/chile-und-peru-streiten-sich-um-37-hektaren-wueste-1.18242832>> (14.02.2014).
- (2014b): “Neue Seegrenze zwischen Peru und Chile”. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.01.2014. <<http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/neue-seegrenze-zwischen-peru-und-chile-1.18230248>> (14.02.2014).
- BURGHARDT, Peter (2005): “Langer Abschied vom Leuchtenden Pfad”. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29./30.10.2005.
- CHÁVEZ H., Yeiddy/PIZARRO C., Rosa (2013): “El Estado peruano frente al conflicto social”. In: Toche, Eduardo (Hg.): *Perú Hoy* Bd. 23. Susurros desde Babel. Lima: desco – Centro de Estudios y Desarrollo, S. 55-78.
- COMISIÓN DE LA VERDAD Y RECONCILIACIÓN (CVR) (2003): *Informe final*. Lima: CVR. <<http://cverdad.org.pe/ifinal/>> (25.02.2014).
- CONTRERAS, Carlos/CUETO, Marcos (2007): *Historia del Perú contemporáneo. Desde las luchas por la independencia hasta el presente*. 4. Aufl. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP), Fondo Editorial/Universidad del Pacífico.
- CRABTREE, John (1992): *Peru Under García: An Opportunity Lost*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- (2000/2001): “Autoritarismus in Peru: Das Fujimori-Regime”. In: *WeltTrends* 29, S. 97-114.
- (2006): “Political Parties and Intermediation in Peru”. In: Ders. (Hg.): *Making Institutions Work in Peru: Democracy, Development and Inequality since 1980*. London: Institute for the Studies of the Americas, S. 24-44.
- DARGENT BOCANEGRA, Eduardo (2006): “Judicial Reform in Peru (1990-2005)”. In: Crabtree, John (Hg.): *Making Institutions Work in Peru: Democracy, Development and Inequality since 1980*. London: Institute for the Studies of the Americas, S. 136-157.
- DEFENSORÍA DEL PUEBLO/ADJUNTÍA PARA LA PREVENCIÓN DE CONFLICTOS SOCIALES Y GOBERNABILIDAD (2014): *Conflictos socioambientales*. <<http://www.defensoria.gob.pe/conflictos-sociales/conflictosportipo.php>> (20.02.2014).
- DURAND, Anahí (2010): “Un año de mil meses... Repercusiones de los sucesos de Bagua en la política y la protesta social”. In: Amayo Z., Enrique et al.: *Perú Hoy* Bd. 17. Desarrollo, democracia y otras fantasías. Lima: desco – Centro de Estudios y Desarrollo, S. 340-360.
- FISCHER, Thomas (2000): “Die Rekonstruktion politischer Gewalt. Zur Rolle von Wahrheitskommissionen in Lateinamerika”. In: Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hg.): *Politische Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt a. M.: Vervuert, S. 259-290.
- FOWKS, Jacqueline (2014): “El buen momento de la economía peruana, en entredicho”. In: *El País*, 16.02.2014. <http://internacional.elpais.com/internacional/2014/02/16/actualidad/1392517269_651448.html> (18.02.2014).

- GARCÍA PÉREZ, Alan (2009): "El síndrome del perro del hortelano, 28.10.2007". In: Alimonda, Héctor et al. (Hg.): *La Amazonía rebelde*. Lima: Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO)/Universidad Nacional Mayor de San Marcos (UNMSM)/Programa Democracia y Transformación Global (PDTG), S. 167-171.
- GLÜSING, Jens (2001): "Liebling der Berggötter". In: *Der Spiegel* 30, 23.07.2001.
- GOOTENBERG, Paul (2013): "Fishing for Leviathan? Shifting Views on the Liberal State and Development in Peruvian Historiography". In: *Journal for Latin American Studies* 45, 1, S. 121-141.
- HAYNER, Priscilla B. (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*. New York/London: Routledge.
- HOHMANN, Mathias (2009): "Blutroter Teppich für Investoren". In: *Lateinamerika Nachrichten* 421/422. <<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=blutroter-teppich-fuer-investoren>> (17.02.2014).
- (2010): "Ein Schrittchen nach vorn". In: *Lateinamerika Nachrichten* 432. <<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=ein-schrittchen-nach-vorn>> (17.02.2014).
- ITEN, Oswald (2003): "Kreuze beleuchten Perus dunkle Pfade". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 11./12.10.2003. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/article94V0I-1.314915>> (14.04.2015).
- (2009): "Perus ambivalentes Verhältnis zur Umweltpolitik". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.08.2009. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/perus-ambivalentes-verhaeltnis-zur-umweltpolitik-1.3424448>> (14.04.2015).
- (2010): "Peruanische Hassliebe zum Bergbau". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 01.06.2010. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/peruanische-hassliebe-zum-bergbau-1.5846350>> (14.04.2015).
- KLARÉN, Peter F. (2004): *Nación y sociedad en la historia del Perú*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- CORPORACIÓN LATINOBARÓMETRO (2013): *Apoyo a la democracia*. <<http://www.latinobarometro.org/latOnline.jsp#G1>> (29.04.2015).
- LUGAR DE LA MEMORIA, LA TOLERANCIA Y LA INCLUSIÓN SOCIAL: <<http://lugardelamemoria.org/index.php>> (15.02.2014).
- MARTI, Werner (2009): "Alberto Fujimori in Peru erneut verurteilt". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 02.10.2009. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/alberto-fujimori-in-peru-erneut-verurteilt-1.3753625>> (14.04.2015).
- (2011): "Der Linkspopulist Humala Sieger der ersten Runde in Peru". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.04.2011. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/der-linkspopulist-humala-sieger-der-ersten-runde-in-peru-1.10214927>> (14.04.2015).
- MCNULTY, Stephanie (2011): *Voice and Vote. Decentralization and Participation in Post-Fujimori Peru*. Stanford: Stanford University Press.
- (2013): "Participatory Democracy? Exploring Peru's Efforts to Engage Civil Society in Local Governance". In: *Latin American Politics and Society* 55, 3, S. 69-92.
- MINISTERIO DE ENERGÍA Y MINAS (2013): *Boletín Estadístico de Minería. Reporte Anual*. <http://www.minem.gob.pe/_publicacion.php?idSector=1&idPublicacion=277> (15.02.2014).

- MONGE S., Carlos (2013): "Continuidad y cambios en las varias políticas agrarias del presidente Ollanta Humala". In: Toche, Eduardo (Hg.): *Perú Hoy* Bd. 23. Susurros desde Babel. Lima: desco – Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo y Estudios, S. 267-291.
- MORENO, Javier (2013): "Hoy ya no se puede hacer invisibles a los pobres como hace 50 años". In: *El País*, 22.06.2013. <http://internacional.elpais.com/internacional/2013/06/23/actualidad/1371942551_045660.html> (18.06.2014).
- MÜCKE, Ulrich (2008): "Das politische System Perus". In: Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 487-506.
- ORT, Reiner (2006): "Ein Museum für die Erinnerung". In: *ila* 295, S. 7-8.
- PANFICHI, Aldo (2011): "Contentious Representation in Contemporary Peru". In: Crabtree, John (Hg.): *Fractured Politics. Peruvian Democracy. Past and Present*. London: Institute for the Study of the Americas, S. 89-104.
- PINEDO BRAVO, Enith (2012): "¿Quién es indígena en Perú?". In: *Iberoamericana* 12, 48, S. 177-183.
- REISER, Philip (2011): *Die Drogenindustrie in Peru. Vom "heiligen Blättchen" zum politischen Fluch*. KAS Auslandsinformationen 8, S. 6-21.
- REISNER, Annegret (2005): *Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Peru und ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes*. Münster: LIT.
- SCHEUZGER, Stephan (2009): "Wahrheitskommissionen, transnationale Expertennetzwerke und nationale Geschichte". In: Molden, Berthold/ Mayer, David (Hg.): *Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika*. Münster: LIT, S. 215-238.
- SCHRÖDER, Wolf (2008): "Ohne Schärpe und Socken". In: *Lateinamerika Nachrichten* 408. <<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=ohne-schaerpe-und-socken>> (17.02.2014).
- (2011): "Peru wird nicht an Chávez übergeben". In: *Lateinamerika Nachrichten* 449. <<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=peru-wird-nicht-an-chavez-uebergeben>> (16.02.2014).
- ST JOHN, Ronald Bruce (2010): *Toledo's Peru. Vision and Reality*. Gainesville: University Press of Florida.
- TEJADA, Erick (2009): *Movimientos sociales y democracia en el Perú de hoy. Reflexiones a propósito de la gesta de Arequipa*. Arequipa: Programa Democracia y Transformación Global PDTG-UNSA.
- WILLER, Hildegard (2008): "Peru kennt die Wahrheit und tut sich schwer damit". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 22.10.2008. <<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/peru-kennt-die-wahrheit-und-tut-sich-schwer-damit-1.1148467>> (14.04.2015).
- WOLLIN, Johanna (2014): "Langer Weg zur Versöhnung". In: *Lateinamerika Nachrichten* 475. <<http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel= langer-weg-zur-versoehn ung>> (14.04.2015).